Für eine neue Liebesunordnung

Manifest der Budenstraßen-Gruppen anläßlich der gewaltsamen Schließung des Informationsstandes der "Homosexuellen Initiative" durch den Veranstalter — die Verantwortlichen der Wiener Festwochen 1980:

Kritische Medizin Infogruppe General Motors Demokratische Psychiatrie AG Zivildienst Infogruppe Gerasdorf Frauenzentrum Frauengegenöffentlichkeit Frauen für den Frieden Zirkus der Kurpfuscher Forum Alternativ Info-Bude Frauenemanzipationsgruppe Gewerkschaftsgruppe Schülerzeitungen Programmzeitschrift FALTER Arena-Stadtzeitung Gruppe Visueller Kunst Wiener Medienzentrum Technikergruppe des Forum Alternativ Kommunikationszentrum Klagenfurt Wühlmäuse Bergbauern-Infostand **Fotobus** Lesbengruppe Wien HOSI Frauenzimmer

Unsere Befreiung ist unteilbar wie unser Leben: Es gibt keine Befreiung ohne Befreiung der Sexualität! Es gibt keine Befreiung der Sexualität ohne Befreiung der Homosexualität!

Es gibt keine Hierarchie in der Befreiung: alles und jeder ist wichtig, nichts ist unwichtig.

Die Befreiung der Homosexualität in unseren Beziehungen ist nur möglich im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Befreiung aus ökomomischen und sozialen Zwängen — also:

- im Kampf gegen die vielfältige Unterdrückung der Frauen
- im Kampf gegen das psychische und physische Elend der Lohnarbeit
- im Kampf gegen das Wachstum der Profite und einen mehr und mehr zweifelhaften "Wohlstand", der die Befriedigung auch der elementarsten Bedürfnisse nur mehr über den Umweg aufwendiger Konsumhandlungen zuläßt
- im Kampf gegen die Bereicherung der Reichen auf Kosten der Natur und auf Kosten der sogenannten Dritten Welt und auf Kosten unseres wahren Wohlstandes
- im Kampf gegen die vielfältige Unterdrückung der Kinder, gegen ihre totale Rechtlosigkeit, gegen die brutale Unterwerfung und das seelische Elend der Kinder, gegen die totale Beschneidung elementarster Persönlichkeitsrechte der Kinder, also auch des Rechts auf selbstbestimmte Sexualität
- im Kampf gegen das maßlose und institutionalisierte Elend, die brutale Entrechtung, Isolierung und medizinisch legitimierte Bestrafung psychisch Leidender, Abweichender oder Kranker: sie, die ohnehin schon Opfer der Gesellschaft sind, dürfen nicht länger die "Sündenböcke" unserer krankmachenden Gesellschaft bleiben
- im Kampf gegen die wahnsinnige wenn auch als "notwendig" hingestellte - Zerstörung unserer Umwelt in Stadt und Land und somit gegen die fortlaufende industrielle Produktion eines akuten ökologischen Notstandes unserer Umwelt
- im Kampf gegen ein ausbeuterisches und durch industrielle Gewalt geprägtes Verhältnis zwischen Stadt und Land
- im Kampf gegen faschistische Tendenzen und Bewegungen und ihre Ursachen - also auch im Kampf gegen den Atom-
- im Kampf gegen die Unterdrückung und Entmündigung durch Technokraten, Experten, Bürokraten und deren Institutionen
- im Kampf gegen jede Form der Verstümmelung und Beschneidung unserer schöpferischen Lebensmöglichkeiten und Bedürfnisse und gegen jede erzwungene Unterordnung unter die herrschende weil bestehende Realität.

Wir verwehren uns gegen eine höchst bedrohliche politische (Un-)Moral, bei der Menschen mit abweichendem Verhalten selbst und allein verantwortlich für ihre Konflikte mit reaktionären Teilen der Gesellschaft gemacht werden.1

Wenn wir nur solange als "Homosexuelle" oder sonstwie Normabweichende gönnerhaft toleriert werden, als wir uns nicht auch als solche verhalten, können wir auf diese unterdrückerische Scheintoleranz gerne verzichten.

Wir kämpfen für eine neue Liebesunordnung: jeder mit jedem, je nach Neigung.

Sexualität als Teil und Medium der Lust und Befreiung und nicht der Unterdrückung. Sexualität darf an keinen Zweck wie Herrschaft, Unterdrückung, Angst, Abhängigkeit, Zeugung, Konsum, Vermarktung gebunden sein. Sexualität als Teil von partnerschaftlichen Beziehungen, in denen Solidarität und Verbindlichkeit ohne Unterdrückung möglich ist.

- Wir kämpfen für das umfassende Recht eines jeden, einen adäquaten Ausdruck für sich uns seine Gefühle von Liebe, Haß, Leiden, Sehnsucht, Verzweiflung und seine vielfältigen Bedürfnisse zu suchen und zu entwickeln und auch für das umfassende Recht auf Öffentlichkeit für jeden.
- Wir kämpfen im besonderen für die Befreiung und gegen die Unterdrückung der Homosexualität in unserer Gesellschaft: offene Homosexualität stellt in besonderem Maße Funktionsweise, Zusammenhalt und Herrschaft der Männergesellschaft in Frage - also: I gegen die Zwangsheterosexualität, I gegen die Zwangsfamilienhaltung, I gegen die Funktionalisierung der Frau als Sexualobjekt und Gebärmaschine der Männergesellschaft, > gegen die fortlaufende Begründung von Herrschaft, Angst und Aggression auf der zwanghaften Produktion und gleichzeitiger gewaltsamer Verdrängung und Unterdrückung von Homosexualität in unserer männerbündischen Gesellschaft.

Die offen "Homosexuellen" sind in einer dominierenden Männergesellschaft zwangsweise nur als Minderheit existent und in ein subkulturelles Getto abgedrängt und isoliert. An ihrer gesellschaftlichen Unterdrückung und Ächtung, die in totalitären Systemen bis zur physischen Ausrottung führt und führte (auch in den Nazi-KZs!!) manifestiert sich die allgemeine Unterdrückung der Homosexualität als Teil einer nicht herrschaftsgerechten Sexualität überhaupt.

Wir treten daher ein für das Recht eines jeden auf Homosexualität, auf die freie und selbstbestimmte Verbindung zwischen jedem und jedem, unabhängig von Geschlecht und Alter und frei von sonstigen Regeln und Einschränkungen. Wir wenden uns also gegen die Diskriminierung praktizierter Homosexualität von uns allen:

Unsere Befreiug ist unteilbar und nicht nur Sache isolierbarer und scheinbarer "Minderheiten".

Wir wenden uns in diesem Sinne gegen die diskriminierenden Sondergesetze gegen "Homosexuelle": § 209: "Gleichgeschlechtliche Unzucht (!!) mit Jugendlichen

- unter 18 Jahren",
- § 210: "Gewerbsmäßige gleichgeschlechtliche Unzucht" (Das Problem der Prostitution ist nicht durch Kriminalisierung zu lösen!)
- 220: Verbot der "Werbung für Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechtes oder mit Tieren"2
- 221: Verbot von "Verbindungen zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht"3

Wir wenden uns gegen die Versuche (schein-)liberaler Öffentlichkeit, offen "Homosexuelle" oder sonstige politisch engagierte Gruppen als sogenannte "Minderheiten" in scheindemokratischer Weise gönnerhaft zu tolerieren, um ihnen im gleichen Atemzug jedes eigentliche Recht gegenüber einer willkürlich (pseudodemokratisch, weil lediglich nach wahlarithmetischen Gesichtspunkten) definierten Mehrheit abzusprechen.

Wir verwehren uns also gegen die Diskriminierung durch liberale Scheintoleranz und Scheindemokratie und gegen die Isolierung als sogenannte "Minderheiten". Wir lehnen eine Definition der sogenannten "Homosexuellen" als "Minderheit" in diesem Sinne ab: Wir halten etwa eine Zählung der Slowenen für genauso belanglos und absurd wie eine Zählung von "Homosexuellen".

Homosexuell, das ist nicht alles was wir sind, aber es gehört zu allem was wir sind. Solange Homosexualität nicht selbstverständlicher Teil befreiter Sexualität ist, sondern Gegenstand von Unterdrückung, Tabuisierung, Diskriminierung, Angst, Elend, Vereinsamung, Verzweiflung, werden wir nicht aufhören, für die Befreiung der Homosexualität von uns allen zu kämpfen!

Anmerkungen zu Fußnoten auf Seite 1:

- 1 Laut Stadtrat Zilk seien die "Homosexuellen" ja selber schuld, wenn ihnen von Seiten der Festspielleitung zugesperrt wird u.ä.m. (Sind also im Konflikfall auch die Linken? Auch die Slowenen? Auch die Zigeuner? Auch die Gastarbeiter? Auch die Frauen? Auch die psychisch Kranken? selber schuld?)
- 2 "Wer in einem Druckwerk, in einem Laufbild oder sonst öffentlich zur gleichgeschlechtlichen Unzucht oder zur Unzucht mit Tieren auffordert oder sie in einer Art gutheißt, die geeignet ist, solche Unzuchtshandlungen nahezulegen(!), ist ... mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen."
- 3 "Wer eine Verbindung einer größeren Zahl von Personen gründet, deren wenn auch nicht ausschließlicher Zweck es ist, gleichgeschlechtliche Unzucht zu begünstigen, und die geeignet ist, öffentliches Ärgernis zu erregen, ferner, wer einer solchen Verbindung als Mitglied angehört oder für sie Mitglieder wirbt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen."

